

**Von:** Manfred Neuberger  
**Gesendet:** Donnerstag, 17. Jänner 2013 08:36  
**An:** Abgeordnete zum Nationalrat (SPÖ)  
**Betreff:** Tagesordnungspunkt 30.1.2013

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete zum Nationalrat!

Herrn Bundeskanzler Faymann dankten wir vor 3 Jahren für sein klares Bekenntnis zum Gesundheitsschutz und zur Notwendigkeit einer "Weiterentwicklung des Nichtraucher-schutzes". Er schrieb uns: "Wir können die Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Regelung und den Wunsch nach einem effektiven Nichtraucher-schutz auch in der österreichischen Gastronomie durchaus nachvollziehen..." "Die Eindämmung des Rauchens und der Nichtraucher-schutz sind aber auch in Österreich Ziel der Gesundheitspolitik dieser Bundesregierung." Auch hat er klar erkannt, dass die Tabakindustrie gegen ein Rauchverbot in der Gastronomie Sturm läuft, weil dort junge Menschen zum Rauchen verführt werden und dass "junge Menschen auch durch die in der Gesellschaft vorherrschende Grundhaltung und durch das Konsumverhalten der Erwachsenen deutlich beeinflusst werden. Dass man insgesamt in Österreich, auch bei den Erwachsenen, noch immer von einer vergleichsweise weiten Verbreitung des Rauchens ausgehen muss, spielt daher sicherlich auch eine entscheidende Rolle beim jugendlichen Rauchverhalten. Es ist daher nicht sinnvoll, die Problematik jugendlichen Rauchens isoliert zu sehen, sondern es muss Ziel sein, das Rauchen insgesamt zu reduzieren."

(Auch dem Raucher hilft man nicht, weniger zu rauchen oder sich ganz von der Nikotinsucht zu befreien, wenn er überall uneingeschränkt und ohne Rücksicht auf andere rauchen kann).

Besonders freuten wir uns über den Schlusssatz des Bundeskanzlers: "Wir hoffen, dass eine Verbesserung beim Nichtraucher-schutz doch auch in der österreichischen Gastronomie in absehbarer Zeit Platz greifen können wird" und versicherten ihn unserer fachlichen Unterstützung und des Dankes der überwiegenden Mehrheit der Menschen in diesem Land.

Da die Situation aber bis heute unverändert blieb (siehe z.B. <http://www.mdpi.com/2073-4433/2/2/171/> und Beilage) reichten wir eine Bürgerinitiative ein.

Am 30./31. Jänner 2013 wird unsere Bürgerinitiative „Nichtraucherschutz und Tabakprävention“ im Nationalrat zur Sprache kommen. Beantragt wurde, die Initiative durch Kenntnisnahme zu erledigen. Ärzte und Wissenschaftler wurden nicht konsultiert. Wir bitten Sie daher, an Hand von 10 unbeantworteten Fragen zu überlegen, ob die Probleme, die durch Tabakrauch verursacht werden, in Österreich tatsächlich zufriedenstellend gelöst sind:

1. In Österreich rauchen 36% der 15-Jährigen (etwa 35.000 Kinder), 19% rauchen bereits täglich. Sie kommen also ganz offensichtlich problemlos an Zigaretten heran, obwohl sie die Folgen der Sucht noch nicht mal annähernd abschätzen können. **Werden Kinder und Jugendliche tatsächlich ausreichend geschützt?**
2. Das Haupteinstiegsalter in die Tabaksucht ist 16. Nach dem 18. Lebensjahr beginnen nur mehr wenige mit dem Rauchen. Auch im neuen Jugendcheck, der seit heuer gültig ist, wird (auf S 254) definiert: Ein Kind ist jeder Mensch, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat. **Weshalb bekommt man dann Tabakprodukte in Österreich bereits ab 16 legal?**
3. Das Gesundheitsministerium bestätigt in einer Stellungnahme: „Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass Passivrauchen zu Erkrankungs- und Todesfällen führt.“ Tabakprodukte werden andererseits von Vertretern der Tabakindustrie und der Gastronomie als Genussmittel bezeichnet. **Sind fremdverschuldete Todesfälle durch ein „Genussmittel“ überhaupt zu rechtfertigen?**

4. Man darf mit Kindern völlig verrauchte Lokale aufsuchen und überall neben Kindern rauchen. Passivrauch verursacht bei Kindern u.a. den plötzlichen Kindstod, Asthma und Atemwegsinfektionen. Die meisten Jugendlokale und nahezu alle Diskotheken sind verraucht. **Weshalb schützt der Staat noch nicht einmal Kinder und Jugendliche vor Krankheit und Tod?**
5. Kinder (die eigentlich nicht rauchen dürften) und Jugendliche bezahlen jährlich mehr als 60 Millionen Euro Tabaksteuer.  
**Wie hoch sind im Vergleich dazu die Ausgaben für Tabakprävention?**
6. Gesundheitsbewusste Nichtraucher, Familien mit Kindern und Schwangere stehen vor der Entscheidung, entweder ein Gesundheitsrisiko in Kauf zu nehmen oder auf den Besuch von Lokalen zu verzichten. Es gibt in Österreich mehr als 1 Million chronisch Kranke (Lungen- und Herzranke, Krebspatienten...). Sie würden durch Passivrauch erheblich gefährdet und werden deshalb vom Besuch der Lokale ausgegrenzt.  
**Empfinden Sie dieses Gesetz wirklich als fair oder ist es Ausdruck einer rücksichtslosen Gesellschaft? Ist es nicht bereits diskriminierend?**
7. Nichtraucher sind die Mehrheit. Die umfangreichste Liste rauchfreier Lokale im Internet weist noch nicht mal 1.000 Lokale auf!  
**Wie viele Lokale in Österreich sind tatsächlich rauchfrei? Weshalb wurde das nie evaluiert?**
8. Viele Lokale halten sich laut Medienberichten nicht ans Gesetz.  
Weshalb verlässt man sich blind auf die Suggestionen der Gastronomie? Welche Auswirkung ist zu erwarten, wenn bestimmte Gesetze in einem so hohen Ausmaß ignoriert werden dürfen? **Weshalb wurde in den vergangenen Jahren die Einhaltung des Gesetzes nie evaluiert?**
9. Passivrauch dringt so gut wie immer in die mit Rauchverbot belegten Räume ein und erreicht dort meist gesundheitsschädigende Konzentrationen. **Ist die im Gesetz vorgesehene Lösung, mit getrennten Raucher- und Nichtraucherbereichen, dann überhaupt sinnvoll?**
10. Vorzeitige Todesfälle durch Passivrauch betreffen das Gastronomiepersonal in besonderem Ausmaß.  
**Weshalb setzt man diese Berufsgruppe einem unnötigen Risiko aus?**

Man beruft sich darauf, dass Tabakprodukte legal sind, aber Kinder und Jugendliche opfert man den finanziellen Interessen der Tabakindustrie. Man freut sich kurzfristig darüber, dass Tabakprodukte Steuern bringen, aber übersieht, dass der volkswirtschaftliche Schaden jährlich 659 Millionen Euro beträgt (in dieser Bilanz hat das IHS Kosten wie Wartezeiten bei Behandlung und Rehabilitation, Brandunfälle und Produktivitätsverluste durch Rauchpausen während der Arbeitszeit noch nicht berücksichtigt). Über die Jahre hinweg haben wir uns an die rücksichtslose Verschmutzung unserer Atemluft gewöhnt, aber deswegen erkranken, leiden und sterben Menschen. Das ist allgemein bekannt und wird auch gar nicht geleugnet, aber trotzdem bleibt die Politik untätig. Sind wir wirklich schon so abgestumpft, dass uns das alles gleichgültig ist?

Planen Sie eine Tabakgesetznovelle wie in NRW. Sie helfen damit auch den Rauchern und besonders den ärmeren Rauchern, die nicht nur den relativ höchsten Anteil ihres Einkommens für Zigaretten ausgeben, sondern die Abhängigkeit auch am häufigsten mit ihrem Leben bezahlen.

Verzichten Sie auf Wahlspenden der Tabakindustrie und auf Stimmen uneinsichtiger Raucher. Die Erfahrungen

fortschrittlicher Länder zeigen, dass nach erfolgreicher Einführung von Rauchverboten die Zustimmungsraten ansteigen: z.B. in Irland hat binnen eines Jahres auch die Mehrheit der Raucher erkannt, dass das Gesetz Vorteile brachte. Vor dem Gesetz wurde eine Zustimmungquote von 67% erhoben, aber schon ein Jahr nach Einführung des Rauchverbotes war die Zustimmung auf 93% gestiegen und betrug selbst bei Rauchern 80%. Das Gesetz bezeichneten 96% als Erfolg (89% der Raucher) und 98% fanden, dass die Arbeitsplätze dadurch gesünder wurden (94% der Raucher). Ähnliche Erfahrungen machten unsere Nachbarn Italien und Bayern. Leider hat die Tabakindustrie in Österreich noch immer die Arbeitgeberverbände der Gastronomie erfolgreich für ihre eigenen Zwecke eingespannt, um Angst vor Neuerungen zu verbreiten. Die Tabaklobby bemühte dabei sogar Vergleiche zu Nazi-Deutschland, das in Wahrheit seine Soldaten mit Zigaretten versorgte. Deshalb sollten Sie daran erinnern, dass es der Sozialdemokrat Fritz Lickint war, der die Gefährlichkeit des Passivrauchens als erster beschrieb. Vor allem aber sollten Sie auf gesündere Angestellte im Gastgewerbe hinweisen: Kalifornien, Irland, Norwegen, Schottland, und andere Länder haben das im Gefolge von Rauchverboten nachgewiesen, ebenso wie die Abnahme tabakspezifischer Karzinogene im Harn von Gastronomie-Personal.

Wir bitten Sie, weisen Sie unsere Bürgerinitiative dem **Gesundheitsausschuss** zu und diskutieren Sie das Thema sachlich. Alle unsere Angaben sind belegbar. Laden Sie Ärzte und Wissenschaftler ein und hören Sie nicht mehr auf die Lügen der Tabakindustrie und Wirtschaftskämmerer der Gastronomie. Das österreichische Tabakgesetz ist Schlusslicht im EU-Vergleich, finden wir eine bessere Lösung!

Mit freundlichen Grüßen

MR Dr. K. Aigner (Linz), Univ.Prof. Dr. M. Neuberger (Wien), Dr. S. Strasser (Laa/Th), sowie Ärzte und Wissenschaftler aus allen Bundesländern ([www.aerzteinitiative.at](http://www.aerzteinitiative.at))